GLOBAL 11.11.2026 | Marcus Schneider & Elisabeth von Bach

Ein Prosit auf Deutschland

Die Bundesrepublik genießt im Globalen Süden überraschend viel Vertrauen. Doch die deutsche Außenpolitik droht den guten Ruf zu verspielen.

Mit den Worten „Das Alte stirbt und das Neue kann nicht geboren werden“ umschrieb der italienische Philosoph Antonio Gramsci die gesellschaftlichen und politischen Verwerfungen zu Beginn der 1930er Jahre. Fast eins zu eins lässt sich diese Krisenhaftigkeit auf unsere Gegenwart übertragen. Lange nicht dagewesene geopolitische Erschütterungen lassen alte Gewissheiten zu Bruch gehen. Die Welt ordnet sich neu und Deutschland sucht – mindestens verstört, wenn nicht gar ängstlich – seinen Platz darin. Das jahrzehntelang erfolgreiche ökonomische wie politische Modell steht unter Druck wie nie seit der Wiedervereinigung.

In dieser Umbruchphase zählt nicht nur Selbstvergewisserung, sondern auch, wie andere auf unser Land blicken. Welchen Platz wollen wir einnehmen, und welcher wird uns zugebilligt? Von besonderer Bedeutung sind dabei jene Länder, die man gemeinhin dem „Globalen Süden“ zurechnet – Staaten jenseits der westlichen Industrieländer, oftmals mit kolonialer Vergangenheit, die politisch, ökonomisch und demografisch im Aufstieg begriffen sind.

Ganz selbstverständlich ist Deutschlands Ansehen dort nicht mehr. Die Wiederkehr des Krieges auf dem eigenen Kontinent sprengte die europäische Sicherheitsordnung. Jenseits Europas wurde die tiefe Empörung über Russlands Völkerrechtsbruch jedoch häufig nicht in dieser Intensität geteilt. Außerhalb des Westens verhängte kaum ein Land Sanktionen, die angestrebte globale Isolation von Putins Reich scheiterte. Mehr noch als die Ukraine wurde der Krieg in Gaza zum Streitthema, bei dem die Bundesregierung und die Mehrheit im Globalen Süden auf unterschiedlichen Seiten standen. Die Bundesrepublik erntete für ihren Standpunkt ungewohnt scharfe Kritik.

Dass der politische Schaden sich nicht auf Leitartikel beschränkte, wurde im Juni offenbar. Nach sechs erfolgreichen Kandidaturen scheiterte die Bundesrepublik erstmals bei einer Wahl für den UN-Sicherheitsrat. Eine

bittere Niederlage für den immerhin zweitgrößten Geber des UN-Systems, der sich in jahrzehntelanger Diplomatie vom Paria zum Darling der Weltgemeinschaft gewandelt hatte und wie wenige andere für die Zivilisierung internationaler Beziehungen stand. Auch wenn verschiedene Erklärungen für die Niederlage bemüht wurden, drängt sich eine Lesart auf: Die Kombination aus moralischem Zeigefinger in der Ukraine-Frage und Deutschlands beredtem Schweigen zu den Verbrechen in Gaza dürfte der Kandidatur kaum zuträglich gewesen sein.

In den meisten Ländern wünscht man sich andere Akzente.

Aber bedeutet das einen nachhaltigen Reputationsverlust? Eine aktuelle Befragung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des GIGA in 3 Ländern zeichnet ein überraschendes Bild: Deutschlands Ruf im Globalen Süden ist weitgehend intakt, ja überaus positiv. Die Bundesrepublik kann auf erheblichen Goodwill zählen. Sie gilt weiterhin als Wirtschafts- und Technologiemacht, als vertrauenswürdig und attraktiv. Auch Gleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit und der Einsatz für eine regelbasierte internationale Ordnung werden dem Land trotz jüngster Kritik überwiegend weiter abgenommen.

Für Deutsche, die längere Zeit in offizieller Funktion im Ausland waren, ist das keine allzu große Überraschung. Während sich das Land daheim bei Fragen der nationalen Identität den Kopf zermartert, will das Ausland mehr und nicht weniger Deutschland. 83 Prozent wünschen sich ein international aktives Deutschland. Von Technologie über Bildung bis hin zum Militär besteht eine große Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Auffällig ist, wie sehr Nähe zählt: Wer keinerlei Berührungspunkte mit Deutschland hat, sieht das Land nur zu gut einem Drittel klar positiv. Bei Menschen mit vielfältigen Kontakten sind es zwei Drittel. Die Frage ist, ob Berlin dieses Handlungskapital ausreichend nutzt.

Bemerkenswert gut steht Deutschland auch im Vergleich mit anderen global führenden Staaten da. Unter den abgefragten Großmächten liegt die Bundesrepublik bei der Sympathie vor China an der Spitze. Anders als die Niedergangsdiskurse daheim vermuten lassen, gilt Deutschland im Globalen Süden mehrheitlich sogar als aufstrebende Macht. Während hierzulande die Zweifel am eigenen Erfolgsmodell wachsen, traut man Deutschland andernorts offenbar weiterhin einiges zu.

Doch dieses Vertrauen ist kein Freibrief für die deutsche Außenpolitik.

In den meisten Ländern wünscht man sich andere Akzente, allen voran mehr Engagement für eine multipolare Weltordnung. Mit dem Begriff der Multipolarität, den auch Russland und China bewusst nutzen, um die amerikanisch dominierte Weltordnung zu diskreditieren, tut man sich in Berlin schwer. Das gewünschte Deutschland ist mehrheitlich eigenständiger: Europäische Souveränität ist populärer als eine enge transatlantische Bindung. Auch die Beziehungen zu China sollen enger werden – im Gegensatz zur deutschen Debatte, die in der Volksrepublik zunehmend einen ökonomischen und politischen Systemrivalen sieht.

Viele würden Berlin lieber in einer Vermittlerrolle sehen.

Dass sich viele Menschen im Globalen Süden ein eigenständigeres Deutschland wünschen, dürfte auch mit dem Ansehensverlust der USA zusammenhängen. In 20 der 30 Länder liegt China bei der Sympathie inzwischen vor Amerika. Was bleibt vom Westen, wenn sich seine einstige Führungsmacht von ihren Werten so gänzlich verabschiedet? Der ehemalige Bundeskanzler Olaf Scholz sprach im Rahmen der Zeitenwende von einer Politik auf Augenhöhe mit dem Globalen Süden und benannte gar „westliche Doppelmoral“ als Problem.

Wie groß die Diskrepanz zwischen Deutschlands gutem Ruf und seiner konkreten Außenpolitik ist, zeigt sich besonders an den beiden großen Konflikten der vergangenen Jahre. Weder die deutsche Nahost- noch die Ukrainepolitik werden mehrheitlich als angemessen beurteilt. Dabei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern, die die Heterogenität des Globalen Südens widerspiegeln. Besonders kritisch sind die Bevölkerungen im Nahen Osten und in Nordafrika.

In Sachen Nahost wünscht sich eine breite Mehrheit eine stärkere Berücksichtigung palästinensischer Interessen. Die von Berlin bislang nicht vollzogene Anerkennung Palästinas findet in 29 von 30 Staaten mehrheitliche Unterstützung. Einzige Ausnahme: Israel. Hinsichtlich der Ukraine dominiert die Lesart eines Stellvertreterkrieges zwischen Russland und dem Westen. Die Bundesregierung vertritt eine andere Position, auch wenn dieses Narrativ nach den jüngsten Wahlerfolgen von AfD und Linkspartei in Deutschland eher im Aufwind sein dürfte. Viele würden Berlin offenbar lieber in einer Vermittlerrolle sehen – eine Position, die das Land früher tatsächlich einmal innehatte, die aber angesichts der identitätspolitisch aufgeladenen Solidarität mit der Ukraine und Israel kaum mehr glaubwürdig erschiene.

Ein Gaza-Effekt ist erkennbar, allerdings beschränkt er sich auf Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit und fällt weniger scharf aus als vielleicht angenommen. Entwarnung wäre dennoch fehl am Platz. Die globale Auseinandersetzung über Nahost ist keineswegs vorbei. Ein Ruf wird langfristig aufgebaut, kann aber auch langfristig ausgehöhlt werden. Anders als die USA – die sich Unpopularität aufgrund ihrer wirtschaftlichen und militärischen Macht leisten können – ist die ökonomisch hochgradig integrierte Bundesrepublik auf internationales Wohlwollen angewiesen. Mit dem Kopf durch die Wand – das ist für Berlin auf Dauer keine erfolgversprechende Strategie.

Allerdings lohnt es sich, zwischen dem Ansehen Deutschlands in der Bevölkerung und seiner Wahrnehmung durch politische Entscheidungsträger zu unterscheiden. Deutschland profitiert möglicherweise auch davon, dass es in vielen außereuropäischen Staaten zwar wahrgenommen wird, aber kaum in geopolitische Konflikte verstrickt ist. Außenpolitische Eliten und Leitartikler, die in den Hauptstädten mitbestimmen, welche Politik tatsächlich gefahren wird, dürften manches anders sehen als der Mann oder die Frau auf der Straße. Die Niederlage bei der UN-Abstimmung könnte darauf hindeuten.

Deutschlands Ruf ist gut, die Grundlage für eine „Politik auf Augenhöhe“ durchaus gegeben. Doch ist unsere Außenpolitik den weltpolitischen Herausforderungen gewachsen? Selbstzufriedenheit oder ein Ausruhen auf vergangenen Lorbeeren wären fehl am Platz. Das Image der Technologie- und Wirtschaftsmacht mag in der Welt noch bestehen, während daheim die Ein- und Rückschläge bereits gefährlich nahekommen.



Marcus Schneider
Beirut

Marcus Schneider leitet das FES-Regionalprojekt für Frieden und Sicherheit im Mittleren Osten mit Sitz in Beirut, Libanon. Zuvor war er für die FES unter anderem als Leiter der Büros in Botswana und Madagaskar tätig.



Elisabeth von Bach

Nikosia

Elisabeth von Bach ist Programm-Managerin am Kompetenzzentrum für Frieden und Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika der Friedrich-Ebert-Stiftung in Nikosia.

-